

Stand: 10.01.2026 23:42:59

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5002

"Verteidigung von Sicherheit und Freiheit - Maßnahmen gegen islamistischen Terror effizient verstärken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/5002 vom 28.01.2015
2. Beschluss des Plenums 17/5055 vom 29.01.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 35 vom 29.01.2015



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Petra Guttenberger, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Jürgen W. Heike, Bernd Kränzle, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Dr. Franz Rieger, Eberhard Rotter, Martin Schöffel, Karl Straub, Peter Tomaschko, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann und Fraktion (CSU)**

Verteidigung von Sicherheit und Freiheit – Maßnahmen gegen islamistischen Terror effizient verstärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Anschlag und die Geiselnahmen in Paris haben Europa zutiefst erschüttert. Diese feigen Taten sind durch nichts gerechtfertigt.

Der Landtag spricht den Hinterbliebenen der Opfer und dem französischen Volk sein Mitgefühl aus.

Es ist die erste Aufgabe des Staates, seine Bürgerinnen und Bürger wirkungsvoll zu schützen. Durch die Anschläge in Paris werden die sicherheitspolitischen Herausforderungen des islamistischen Terrorismus noch klarer als vorher.

Aus diesem Grund fordert der Landtag:

1. Die Überwachung islamistischer Organisationen durch Polizei, Verfassungsschutz und alle übrigen Sicherheitsbehörden muss hohe Priorität genießen.

Daher begrüßt der Landtag, dass die Staatsregierung am 13. Januar 2015 beschlossen hat, angesichts des stetig wachsenden Gefährdungspotenzials durch gewaltbereite Islamisten die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen der Sicherheitsbehörden entsprechend zu verstärken und den bayerischen Sicherheitsbehörden 100 zusätzliche Stellen zur Verfügung stellen, die neben der Polizei auch den Verfassungsschutz stärken.

Angesichts des stetig wachsenden Gefährdungspotenzials durch gewaltbereite Islamisten müssen zukünftig verstärkt auch Maßnahmen der Prävention und Intervention genutzt werden, um einer Radikalisierung vor allem junger Menschen vorzubeugen und Radikalisierungsprozesse z.B. bei Rückkehrern umzukehren.

Dabei sind hier nicht nur die Sicherheitsbehörden gefordert. Ein ganzheitlicher Ansatz schließt Bereiche der Bildungsarbeit ebenso mit ein, wie Maßnahmen aus dem Bereich der Integrations- und Sozialpolitik sowie der Jugendarbeit oder des Strafvollzugs. Der Landtag unterstützt daher ausdrücklich die Entwicklung eines bayerischen Präventionsnetzwerks.

2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene und gegenüber der Europäischen Union dafür einzusetzen,
 - dass die Verpflichtung zur zeitlich begrenzten Speicherung von Kommunikationsverkehrsdaten umgehend wieder eingeführt wird;
 - dass die Sicherheitsbehörden die Möglichkeit erhalten, auch verschlüsselte Kommunikation überwachen zu können;
 - dass Deutschen mit einer zusätzlichen ausländischen Staatsangehörigkeit, die im Ausland im Namen einer terroristischen Vereinigung kämpfen, die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen wird;
 - dass eine gesetzliche Grundlage geschaffen wird, neben Reisepässen auch Personalausweise vorübergehend einziehen zu können und Ersatzdokumente mit Reiseeinschränkung auszustellen, um eine Ausreise in den Dschihad auch aus einem der anderen Schengenländer wirksam verhindern zu können;
 - dass die Kontrollintensität an den EU-Außengrenzen verstärkt wird und ein verbesserter Informationsaustausch innerhalb der Europäischen Union und mit der Türkei stattfindet, um Ein- und Ausreisebewegungen von Dschihadisten effektiver nachvollziehen zu können. Daneben muss ein europäisches Abkommen zum Austausch von Fluggastdaten verabschiedet werden, um erfolgte innereuropäische Reisebewegungen besser beobachten zu können;
 - dass eine Verschärfung des Strafgesetzbuchs auf den Weg gebracht wird, um schon die Ausreise zum Zweck der Teilnahme an terroristischen Handlungen mit Mitteln des Strafrechts zu bekämpfen;
 - dass die „Sympathiewerbung“ für in- und ausländische Terrororganisationen und kriminelle Vereinigungen – auch außerhalb des Vereinsrechts – wieder unter Strafe gestellt wird.

Begründung:

Absolute Sicherheit kann es weder vor Straftaten noch vor Terroranschlägen geben. Die wehrhafte Demokratie des Grundgesetzes muss jedoch alles technisch Mögliche und verfassungsrechtlich Zulässige tun, um Angriffe auf die Bürgerinnen und Bürger sowie gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu unterbinden.

Die Anschläge in Paris sind keine tragischen Zufallstaten Einzelner, sondern ein koordinierter, planvoller Angriff islamistischer, dschihadistischer bzw. salafistischer Extremisten. Sie erfolgen im Ungeist, wahrscheinlich sogar im Auftrag von weltweit agierenden Terrororganisationen.

Wehrhafte Demokratie bedeutet, dass der Staat nicht erst dann handelt, wenn Extremisten und Terroristen bereits Straftaten begangen haben. Die Werte der Freiheit, Sicherheit und des Rechts müssen gegen derartige verabscheuungswürdige Verbrechen und ihre Hintermänner mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln verteidigt werden. Das ist auch im Interesse der weit überwiegenden Mehrheit der hier lebenden, friedlichen muslimischen Mitbürger. Jegliche Form der freien Meinungsäußerung wie auch die Freiheit der friedlichen Religionsausübung sind hohe Güter, die es zu schützen gilt.

Auch wenn es derzeit keine konkreten Hinweise auf terroristische Anschlagplanungen in Deutschland gibt, muss klar sein, dass die freiheitlich-demokratische Grundordnung und eine offene und tolerante Gesellschaft islamistischen Fanatikern ein Dorn im Auge sind: Europa steht im Fadenkreuz islamistischer Terroristen. Dieser Bedrohung muss mit aller Entschlossenheit begegnet werden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Petra Guttenberger, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Jürgen W. Heike, Bernd Kränzle, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Dr. Franz Rieger, Eberhard Rotter, Martin Schöffel, Karl Straub, Peter Tomaschko, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/5002

Verteidigung von Sicherheit und Freiheit – Maßnahmen gegen islamistischen Terror effizient verstärken

Der Anschlag und die Geiselnahmen in Paris haben Europa zutiefst erschüttert. Diese feigen Taten sind durch nichts gerechtfertigt.

Der Landtag spricht den Hinterbliebenen der Opfer und dem französischen Volk sein Mitgefühl aus.

Es ist die erste Aufgabe des Staates, seine Bürgerinnen und Bürger wirkungsvoll zu schützen. Durch die Anschläge in Paris werden die sicherheitspolitischen Herausforderungen des islamistischen Terrorismus noch klarer als vorher.

Aus diesem Grund fordert der Landtag:

1. Die Überwachung islamistischer Organisationen durch Polizei, Verfassungsschutz und alle übrigen Sicherheitsbehörden muss hohe Priorität genießen.
Daher begrüßt der Landtag, dass die Staatsregierung am 13. Januar 2015 beschlossen hat, angesichts des stetig wachsenden Gefährdungspotenzials durch gewaltbereite Islamisten die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen der Sicherheitsbehörden entsprechend zu verstärken und den bayerischen Sicherheitsbehörden 100 zusätzliche Stellen zur Verfügung stellen, die neben der Polizei auch den Verfassungsschutz stärken.

Angesichts des stetig wachsenden Gefährdungspotenzials durch gewaltbereite Islamisten müssen zukünftig verstärkt auch Maßnahmen der Prävention und Intervention genutzt werden, um einer Radikalisierung vor allem junger Menschen vorzubeugen und Radikalisierungsprozesse z.B. bei Rückkehrern umzukehren.

Dabei sind hier nicht nur die Sicherheitsbehörden gefordert. Ein ganzheitlicher Ansatz schließt Bereiche der Bildungsarbeit ebenso mit ein, wie Maßnahmen aus dem Bereich der Integrations- und Sozialpolitik sowie der Jugendarbeit oder des Strafvollzugs. Der Landtag unterstützt daher ausdrücklich die Entwicklung eines bayerischen Präventionsnetzwerks.

2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene und gegenüber der Europäischen Union dafür einzusetzen,
 - dass die Verpflichtung zur zeitlich begrenzten Speicherung von Kommunikationsverkehrsdaten umgehend wieder eingeführt wird;
 - dass die Sicherheitsbehörden die Möglichkeit erhalten, auch verschlüsselte Kommunikation überwachen zu können;
 - dass Deutschen mit einer zusätzlichen ausländischen Staatsangehörigkeit, die im Ausland im Namen einer terroristischen Vereinigung kämpfen, die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen wird;
 - dass eine gesetzliche Grundlage geschaffen wird, neben Reisepässen auch Personalausweise vorübergehend einziehen zu können und Ersatzdokumente mit Reiseeinschränkung auszustellen, um eine Ausreise in den Dschihad auch aus einem der anderen Schengenländer wirksam verhindern zu können;
 - dass die Kontrollintensität an den EU-Außengrenzen verstärkt wird und ein verbesserter Informationsaustausch innerhalb der Europäischen Union und mit der Türkei stattfindet, um Ein- und Ausreisebewegungen von Dschihadisten effektiver nachvollziehen zu können. Daneben muss ein europäisches Abkommen zum Austausch von Fluggastdaten verabschiedet werden, um erfolgte innereuropäische Reisebewegungen besser beobachten zu können;

- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none">– dass eine Verschärfung des Strafgesetzbuchs auf den Weg gebracht wird, um schon die Ausreise zum Zweck der Teilnahme an terroristischen Handlungen mit Mitteln des Strafrechts zu bekämpfen; | <ul style="list-style-type: none">– dass die „Sympathiewerbung“ für in- und ausländische Terrororganisationen und kriminelle Vereinigungen – auch außerhalb des Vereinsrechts – wieder unter Strafe gestellt wird. |
|--|--|

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Dr. Florian Herrmann

Abg. Florian Ritter

Abg. Eva Gottstein

Abg. Margarete Bause

Abg. Dr. Hans Reichhart

Staatsminister Joachim Herrmann

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u. a. und Fraktion (CSU)

Verteidigung von Sicherheit und Freiheit - Maßnahmen gegen islamistischen Terror effizient verstärken (Drs. 17/5002)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Florian Ritter u. a. und Fraktion (SPD)

Maßnahmen gegen islamistischen Terrorismus (Drs. 17/5014)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Terrorismus wirksam bekämpfen - Defizite bei der Inneren Sicherheit beseitigen (Drs. 17/5015)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Demokratie stärken - Gewalt vorbeugen - Bürgerrechte schützen! (Drs. 17/5016)

Vorweg gebe ich bekannt, dass die FREIEN WÄHLER namentliche Abstimmung zum CSU-Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/5002 beantragt haben. - Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Dr. Florian Herrmann von der CSU. Bitte schön, Herr Kollege. Sie haben das Wort.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dr. Florian Herrmann (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Anschlag und die Geiselnahmen in Paris haben uns alle zu-

tiefst erschüttert. Diese feigen Taten sind durch nichts gerechtfertigt. Unser Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen der Opfer, also der Journalisten, der jüdischen Opfer, der Polizisten, und dem französischen Volk.

Allen muss klar sein: Diese Anschläge sind keine tragischen Zufallstaten einzelner Irregeleiteter, sondern ein koordinierter Angriff dschihadistischer bzw. salafistischer Extremisten. Sie erfolgten im Ungeist und wohl auch im Auftrag von weltweit agierenden Terrororganisationen. Ob Hamas in Israel, al-Qaida im Irak, ISIS in Syrien oder die Anschläge in Paris: Wir werden angegriffen. Auch wenn es derzeit keine konkreten Hinweise auf terroristische Anschlagplanungen in Deutschland gibt, müssen wir uns dessen bewusst sein: Auch wir stehen im Fadenkreuz islamistischer Terroristen, weil ihnen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ein Dorn im Auge ist. Dieser Bedrohung müssen wir mit aller Entschlossenheit begegnen. Daher sage ich in aller Deutlichkeit: Die Bedrohung durch islamistischen Terror ist in erster Linie eine Aufgabe der Sicherheitsbehörden. Demonstrationen und die gegenseitige Bekräftigung, Terrorismus abzulehnen, werden nicht genügen. Deshalb ist die Opposition in Bayern auf dem Irrweg, wenn sie meint, islamistischer Terror sei in erster Linie ein Thema der Bildungspolitik oder des Dialogs mit den friedlichen Muslimen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das sagt keiner!)

Sie setzen einen falschen Akzent, wenn SPD und GRÜNE den Schwerpunkt ihrer heutigen Anträge auf gesellschaftliche Faktoren legen. Das ist sicher interessant und auch in unserer Politik und in unserem heutigen Antrag enthalten. Stichworte sind hier Prävention, Ausstiegsberatung, Bildung. Aber beispielsweise beim Thema Einbruchsdiebstahl oder anderen Formen der Kriminalität käme niemand auf die Idee, als Erstes ein Seminar darüber abzuhalten, warum Menschen Einbrüche begehen oder warum Menschen überhaupt straffällig werden. Unterschätzen Sie nicht das Ausmaß der terroristischen Bedrohung. Wir sehen durch die Anschläge in Paris die sicherheitspolitischen Herausforderungen noch deutlicher als vorher. Deutschland liegt nach wie vor im Zielspektrum des islamistischen Terrorismus. Circa 600 Islamisten aus Deutsch-

land haben sich mittlerweile auf den Weg nach Syrien und in den Irak gemacht, um dort an Kampfhandlungen teilzunehmen. Personen, die ein terroristisches Ausbildungslager absolviert bzw. aktiv an Kampfhandlungen teilgenommen haben, stellen bei einer Wiedereinreise nach Deutschland durch weitere Radikalisierung ein besonderes Sicherheitsrisiko dar. Diese sogenannten Rückkehrer beteiligen sich an der Werbung um Gotteskrieger und lehnen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und insbesondere die Gleichberechtigung von Mann und Frau ab. Sie stehen damit außerhalb unseres Rechts- und Wertesystems.

Wir ziehen daraus folgende Konsequenzen: Sicherheitsbehörden, Polizei und Verfassungsschutz stehen an erster Stelle. Das heißt, die Überwachung islamistischer Organisationen durch Polizei und Verfassungsschutz ist von zentraler Bedeutung. Mit dem Verfassungsschutz als Frühwarnsystem kann der Staat reagieren, bevor Menschen getötet werden. Daher begrüßen wir es mit Nachdruck, dass die Staatsregierung bereits am 13. Januar beschlossen hat, angesichts des stetig wachsenden Gefährdungspotenzials durch gewaltbereite Islamisten die Ressourcen der bayerischen Sicherheitsbehörden zu verstärken und ihnen 100 zusätzliche Stellen zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der CSU)

Diejenigen, die in der Vergangenheit immer wieder die Abschaffung des Verfassungsschutzes gefordert haben, sehen erneut: Sie haben falsch gelegen, und wir lagen richtig.

Zweitens brauchen Sicherheitsbehörden ein effektives Handwerkszeug, um diese schwierige Aufgabe erledigen zu können. Dschihadisten kämpfen eben nicht nur mit Waffen, sie haben auch das Internet als Kampfgebiet erkannt. Die Aufklärung virtueller Spuren, wie sie zur Tatvorbereitung im Internet und über soziale Netzwerke gesetzt werden, darf kein Tabuthema sein. Daher ist die umgehende Wiedereinführung der Verpflichtung zur zeitlich begrenzten Speicherung von Kommunikationsverbindungs-

daten unumgänglich. Gleiches gilt für die Möglichkeit, verschlüsselte Kommunikation überwachen zu können. Es ist unverantwortlich, den Sicherheitsbehörden bewusst die Möglichkeit zu verweigern, digitalen Spuren nachzugehen. Niemand würde auf die Idee kommen, zum Beispiel einem Arzt sowohl das CT-Gerät als auch das Röntgengerät und das Ultraschallgerät wegzunehmen und ihn dann zu bitten, bei Bauchschmerzen einfach drauflos zu operieren.

Um mehr Akzeptanz für die Notwendigkeit der Datenrückverfolgung zu erreichen, müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern noch besser erklären, dass es eben nicht um eine Totalüberwachung sämtlicher E-Mails und Telefonate geht, sondern um eine anlassbezogene und von Gerichten verfügte Auswertung reiner Verbindungsdaten. Wir sollten es auch unterlassen, falsche Informationen zu streuen, beispielsweise der Art, dass diese Speicherung durch den Europäischen Gerichtshof oder das Bundesverfassungsgericht grundsätzlich verboten wurde. Das ist nämlich falsch.

Bei der derzeitigen Rechtslage stoßen die Ermittler an ihre Grenzen. Die großen Telekommunikationsunternehmen wie Telekom oder T-Mobile speichern aus betrieblichen Gründen maximal eine Woche lang. Seit 2010 gab es Auskunftersuchen bezüglich 1.200 Anschlüssen. In nur 24 % der Fälle hat der Anbieter Daten liefern können. Das heißt, in 76 % der Fälle konnten keine Daten mehr geliefert werden. Das hatte zur Folge, dass in über 75 % der Fälle Straftaten nicht oder nur unvollständig aufgeklärt werden konnten. Das ist sowohl bei der Kinderpornografie als auch beim Terrorismus nicht hinnehmbar. Nur wer das Kommunikationsverhalten von Terroristen nachvollziehen kann, ist eben in der Lage, terroristische Netzwerke und Anschlagplanungen frühzeitig aufzudecken.

Die Forderung der Opposition, mehr Cybercops einzustellen, bleibt dann ein untauglicher Versuch, wenn man diesen gleichzeitig dieses rechtliche Instrumentarium verweigert. Ich kann daher dem Bundesjustizminister und auch der SPD in Bayern nur raten: Geben Sie sich einen Ruck und hören Sie auf Ihre Innenpolitiker. Es hat sich noch nie

ausgezahlt, stur an bisherigen Fehleinschätzungen festzuhalten, nur um in der Fehleinschätzung folgerichtig zu bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen empfinden es die Beamten bei der Kripo und beim LKA als großes Misstrauen ihrer Arbeit gegenüber, wenn man ihnen dieses Ermittlungsinstrument vorenthält.

Drittens fordern wir Konsequenzen für dschihadistische Söldner. Terrorismus zum Zwecke der Teilnahme am Dschihad muss unterbunden werden. Um bereits eine Ausreise zu verhindern, müssen Reisepässe und Personalausweise eingezogen werden können. Mit Ersatzdokumenten muss die Reise in den Dschihad unterbunden werden. Wenn Terroristen dennoch ausgereist sind, muss die Wiedereinreise nach Deutschland erschwert werden. Deutschen mit einer zusätzlichen ausländischen Staatsangehörigkeit, die im Ausland im Namen terroristischer Vereinigungen kämpfen, muss die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen werden.

(Beifall bei der CSU)

Viertens muss auch die Sympathiewerbung für in- und ausländische Terrororganisationen und kriminelle Vereinigungen wieder unter Strafe gestellt werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass dschihadistische Propaganda in Deutschland straflos ausgeübt wird. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass es weder vor Straftaten noch vor Terroranschlägen absolute Sicherheit geben kann. Wer aber in der politischen Verantwortung steht, muss alles technisch und verfassungsrechtlich Mögliche und Zulässige tun, um Angriffe gegen unsere Bürgerinnen und Bürger sowie gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung zu unterbinden.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb fordere ich Sie dazu auf, daran mitzuwirken. Wer das nicht tut, handelt unverantwortlich.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Florian Ritter von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Anschläge in Frankreich, die Morde an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Zeitschrift "Charlie Hebdo", an den jüdischen Besuchern eines Supermarktes, an Sicherheitskräften und an ganz normalen Bürgern von Paris haben tiefe Spuren in Europa hinterlassen. Wir alle sind von diesen menschenverachtenden Taten zutiefst betroffen. Diese Morde haben aber auch zu einem deutlichen Zeichen der Solidarität in ganz Europa mit den Opfern, ihren Hinterbliebenen und dem französischen Volk geführt.

Es wurde aber auch eine Debatte darüber angestoßen, welche Einschränkungen der Freiheit wir zugunsten der Sicherheit hinzunehmen haben, aber auch darüber, welche Freiheiten wir gegenüber den Tätern auf der einen Seite, aber auch gegenüber überzogenen Sicherheitsanforderungen auf der anderen Seite zu verteidigen haben. Wirksame Terrorbekämpfung stellt die Politik vor eine Herausforderung, die nicht einfach zu bewältigen ist. Einerseits gilt es, die Freiheit unbescholtener Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Andererseits sind notwendige Sicherheitsmaßnahmen durchzuführen. Sowohl die Verfassung selbst als auch die Urteile von Verfassungsgerichten stellen hohe Hürden auf. Rechtsstaatlichkeit und die tatsächliche Wirkung für die Sicherheit müssen unsere Maßstäbe sein, nicht aber die kurzfristige Öffentlichkeitswirksamkeit einzelner Forderungen.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD verweigert sich nicht sinnvollen und rechtsstaatlich abgesicherten Sicherheitsmaßnahmen. Dieser Aufgabe hat sich auch die Große Koalition in Berlin gestellt und eine Reihe von Maßnahmen entwickelt, zu denen die ersten Vorschläge in den nächsten Wochen ins Bundeskabinett eingebracht werden. Die CSU mit ihrem Antrag und leider auch der Kollege Herrmann mit seinem Redebeitrag tun so, als würden alle

in diesem Antrag enthaltenen Punkte auf die Initiative der CSU zurückgehen. In Wahrheit gibt es aber eine ganze Reihe von Punkten, die längst auf Bundesebene beschlossen worden sind und in den Ministerien schon in Gesetzesvorschläge gegossen werden.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Viel zu spät!)

Das Maßnahmenpaket der Bundesregierung setzt da an, wo Terror am wirksamsten bekämpft werden kann, und versucht, die notwendige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu finden. Künftig wird sich strafbar machen, wer Deutschland verlässt, um sich im Ausland an Kampfhandlungen zu beteiligen oder sich dafür ausbilden zu lassen. Künftig wird ein eigener Straftatbestand der Terrorismusfinanzierung geschaffen. Um Terrorgruppen im Kern zu treffen, müssen ihre Finanzierungsströme im Kern getroffen werden. Hier liegt eine der zentralen Herausforderungen für deutsche und internationale Sicherheitspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen es auch, dass Maßnahmen geschaffen werden, mit denen Reisedokumente vorübergehend entzogen oder mit Reisebeschränkungen versehen werden können. Wir begrüßen außerdem, dass die CSU offenbar den von ihr noch vor einigen Monaten beschrittenen Irrweg verlassen hat, nämlich Gefährder sofort auszuweisen und quasi frei Haus in die Kampfzonen in Syrien zu schaffen; denn Handlungs- und Spielräume für terroristische Aktivitäten müssen eingeschränkt und dürfen nicht gefördert werden. Terrorbekämpfung muss vor allem da einsetzen, wo sie sich gegen die Gefährder und die Verdächtigen richtet, nicht aber gegen die Bürgerinnen und Bürger.

Wir haben in den letzten Jahren immer wieder darauf hingewiesen, dass das Sicherheitsgefühl und der tatsächliche Schutz der Bürgerinnen und Bürger besonders von der ausreichenden Personalausstattung abhängt. Daher begrüßen wir die Maßnahme der Bayerischen Staatsregierung, zusätzliches Polizeipersonal zur Verfügung zu stel-

len. Wir fordern sie aber auch auf, echte zusätzliche Stellen zu schaffen und nicht, wie oftmals in der Vergangenheit, lediglich Stellenumschichtungen vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Das Leben der Bürgerinnen und Bürger wird nicht sicherer, wenn wir jetzt mit Forderungen hausieren gehen, die lediglich dazu dienen, dass sich eine Fraktion in diesem Haus profilieren kann. Sie stellen Forderungen auf, denen die Praxisrelevanz fehlt. Sie fordern, dass Gefährdern oder Tätern, die im Ausland für terroristische Organisationen kämpfen, der Pass entzogen wird. Was ist denn das bitte schön für eine Forderung? – Solche Leute gehören strafrechtlich verfolgt. Sie gehören einer internationalen Strafrechtsverfolgung zugeführt. Das sind die notwendigen Schritte. Wenn es hier Defizite gibt, dann macht es Sinn, sich darüber Gedanken zu machen, und nicht über einen Passentzug, der möglicherweise vor den Verfassungsgerichten wieder scheitern wird.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Vorratsdatenspeicherung behauptet niemand, dass sie völlig unmöglich wäre. Sie tun aber in Ihren Vorschlägen so, als ob es die verfassungsrechtlichen Hürden, die vom EuGH und vom Verfassungsgericht in Deutschland aufgestellt worden sind, nie gegeben hätte. Wenn Sie auf der Grundlage der Einschränkungen, die durch das Verfassungsgericht vorgenommen worden sind, eine Vorratsdatenspeicherung haben wollen, dann machen Sie doch einmal einen konkreten Vorschlag, wie dies in der Praxis vernünftig umgesetzt werden soll, anstatt ständig dieselbe Sau durchs Dorf zu jagen.

Das Leben der Bürgerinnen und Bürger wird nicht sicherer, wenn wir mit Forderungen hausieren gehen, die zu einem zusätzlichen Vertrauensverlust bei den Bürgerinnen und Bürgern in die Politik führen. Hier komme ich zu Ihrer Forderung nach einer Aufhebung der Sicherheit durch Verschlüsselung. Man kann in der Öffentlichkeit über diese Forderung diskutieren. Sie sollten sich aber darüber im Klaren sein, dass es bei der Software keine "Exklusiv-Schlupflöcher" gibt. Wenn Sie Schlupflöcher einbauen,

kann diese Schlupflöcher jeder nutzen, der die dafür nötigen technischen Voraussetzungen mitbringt.

Bei der Debatte über die Überwachung durch die NSA haben wir den Bürgerinnen und Bürgern immer gesagt: Leute, verschlüsselt eure Daten, wenn ihr Vertraulichkeit haben wollt. Wir haben das auch den Unternehmen gesagt. Wenn wir jetzt hergehen und sagen, dass wir die Verschlüsselung insgesamt kompromittieren wollen, wird das Auswirkungen auf das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft in die Kommunikation haben. Wenn man dies will, muss man sich dieser öffentlichen Debatte stellen und darf nicht versuchen, diese Forderung zwischen Tür und Angel in einem Dringlichkeitsantrag im Bayerischen Landtag zu platzieren.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Die Sicherheitspolitik wird immer in Grundrechte eingreifen. Das wissen wir auch. Wenn Sie jedoch bei diesem Thema nach dem Motto "Viel hilft viel" verfahren, bringt das nicht zwangsläufig mehr Sicherheit. Großbritannien und Frankreich verfügen über die schärfsten Sicherheitsgesetze in Europa: Vorratsdatenspeicherung, Online-Durchsuchung, mehrtägige Haft ohne Haftbefehl, Strafbarkeit der Sympathie-Werbung, das alles gibt es in Großbritannien und Frankreich. Der britische Geheimdienst überwacht den internationalen Datenverkehr in ähnlichem Umfang wie die NSA. Trotzdem sind Großbritannien und Frankreich die Länder, die mit weitem Abstand am meisten von religiös motivierten Terrorakten betroffen sind.

Die Sicherheit einer Gesellschaft entscheidet sich also auch an der Frage, inwieweit die Menschen immun gegen Radikalisierung und Aufstachelung sind. Hier geht es um die gesellschaftliche Prävention, weit abseits der Aufgaben von Sicherheitsbehörden. Ich möchte lobend erwähnen, dass Sie diesen Punkt zum ersten Mal in Ihrem Dringlichkeitsantrag einbringen. Allerdings muss ich auch feststellen, dass Sie damit in der Bundesrepublik Deutschland nahezu die Letzten sind. Sowohl der Bund als auch einige Länder sind hier mit eigenen Projekten schon deutlich weiter und konnten schon

Erfahrungen sammeln. Sicherheitspolitik muss auf Augenmaß und Rechtsstaatlichkeit setzen, nicht auf Publicity. Wir brauchen eine Sicherheitspolitik, die alle Grundsätze der Verfassung berücksichtigt, Schutz, aber auch Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Daher bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. - Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass zu dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER von diesen namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Jetzt hat Frau Kollegin Eva Gottstein von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Anlass dieser Dringlichkeitsanträge ist, wie das bereits meine Vorredner gesagt haben, ein sehr trauriger, das sind nämlich die Anschläge von Paris. Ich denke, es ist gut, dass Deutschland buchstäblich in vorderster Reihe seine Mitbetroffenheit gezeigt hat. Das möchte ich an dieser Stelle hervorheben.

Es ist logisch und richtig, dass diese Betroffenheit auch in der politischen Arbeit hier im Landtag ihren Niederschlag findet. Einerseits geht es um den bestmöglichen Schutz unserer Bevölkerung, wobei jedem Schutz Grenzen gesetzt sind. Andererseits geht es um die Bewahrung unserer rechtsstaatlichen Grundrechte und Freiheiten. Einerseits geht es um unsere Demokratie, andererseits um Angriffe auf diese Demokratie durch totalitäre Regime bzw. deren Vertreter.

Natürlich muss die Antwort auf diese Angriffe auf die Demokratie noch mehr Demokratie sein. Das wurde anlässlich dieser Anschläge auch von ganz anderen politischen Größen betont. Aber diese Demokratie muss sich auch wehren können. Sie muss ihre Stacheln zeigen und darf nicht kapitulieren. Das darf man nicht vergessen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Einer dieser Stacheln, eine Möglichkeit, sich zu wehren, ist das Vertrauen in den Rechtsstaat und nicht das Misstrauen gegenüber dem Rechtsstaat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir alle wollen unsere Demokratie verteidigen. Deswegen liegen heute Anträge von jeder der vier im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien zu diesem Thema vor. Wir FREIEN WÄHLER werden diesen vier Anträgen zustimmen, auch wenn wir bei jedem dieser Anträge hinsichtlich bestimmter Punkte gewisse Bedenken haben. Diese Bedenken betreffen allerdings die Ausführungen, die sich auf Bundesgesetze beziehen. Wir glauben, dass diese Gesetze rechtsstaatlich ausgestaltet werden.

Gegen die Anträge der SPD und der GRÜNEN haben wir Bedenken, weil darin ausdrücklich die Vorratsdatenspeicherung ausgeschlossen wird. Wir gehen davon aus, dass die Große Koalition die Vorratsdatenspeicherung trotzdem durchsetzen wird. Wir bitten aber darum, gerade auf diesem Gebiet nicht Ängste zu schüren. Wir werden dem Antrag der CSU ebenfalls zustimmen, obwohl wir gegen dessen zweiten Punkt deutliche Bedenken haben. Wir meinen jedoch, alle vier Anträge enthalten so wichtige Punkte, dass wir uns davor hüten sollten, uns auseinanderzuidividieren. Vielmehr müssen wir ein gemeinsames Signal setzen. Wir sind gemeinsam die Verteidiger unserer Demokratie. Wir versuchen, die Demokratie nach bestem Wissen und Gewissen zu verteidigen. Jeder der aufgerufenen Anträge enthält viele wichtige Ansätze. Deswegen stimmen wir ihnen zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte auf die Bedenken gegen den Antrag der CSU etwas näher eingehen, zumal er bei den Mehrheitsverhältnissen in dem Hause wahrscheinlich eine Mehrheit finden wird. Es ist löblich, dass Sie mit dem ersten Punkt Ihres Antrags vielleicht zum ersten Mal, zumindest deutlicher als sonst, auf den Zusammenhang mit der Ausstat-

tung der Polizei eingehen und die Prävention erwähnen. Sie haben die Schaffung von 100 Stellen bei der Polizei zugesagt. Bitte denken Sie allerdings daran, dass wir momentan von 100 leeren Stühlen und Schreibtischen reden. Wir meinen, dass wir doppelt so viele Stellen brauchen. Vor allem aber müssen wir die Polizisten ausbilden.

(Zuruf von der CSU)

- Nein, das wird nicht gemacht. Hier besteht ein Nachholbedarf; das wissen Sie. Natürlich kann man einen Stuhl besetzen, indem man den anderen freimacht, aber das kann nicht die Lösung sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Unsere Forderungen in dieser Hinsicht sind ganz konkret. Werfen Sie einen Blick auf unseren Antrag: Die Polizei muss auf Augenhöhe mit Islamisten sein. Das müssen Sie zugestehen, und Sie müssen für eine angemessene Ausstattung sorgen. Das ist nicht mit einem Antrag getan. Das wissen Sie. Wir werden darauf achten, dass Sie diese Forderung erfüllen.

Sie gehen auch auf die Prävention ein. Das ist lobenswert. Allerdings gilt auch hier: Butter bei die Fische. Das heißt, man braucht mehr pädagogisches Personal, mehr Lehrer. Sie werden dazu sagen: Wir haben ja genug Personal. – Doch mit Ihrem Antrag haben Sie eine neue Aufgabe ins Spiel gebracht, und daraus sind die Konsequenzen zu ziehen. Auch wir haben dieses Anliegen in einem Punkt, der sich auf Beratungslehrer, Anrechnungsstunden usw. bezieht, sehr differenziert formuliert.

Wir brauchen ein Umdenken bei der Beurteilung unserer Fächerkanons. Wir dürfen nicht die Anforderungen der Wirtschaft zum Maßstab erheben, egal ob beim Studium oder in der Schule, sondern wir müssen hier die Anforderungen des Lebens als Maßstab heranziehen.

Wir brauchen Erziehung zu Respekt. Das klingt furchtbar altmodisch. Wir stehen dazu. Das ist nicht altmodisch. Hier geht es um unsere Grundwerte, um Achtung vor jeder Religion,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

um Achtung vor der Freiheit des anderen. Das ist wichtiger als ein weiterer Lehrplan-PLUS, den irgendwelche – das muss ich so ausdrücken – Theoretiker entwerfen und der in der Schullandschaft nichts ändern wird.

Außerdem geht es um mehr Zeit in der Schule. Gerade die Anschläge sowie die Reaktionen und die Reden danach haben gezeigt: Es geht darum, dass man nicht nur Informationen über die Ringparabel in "Nathan der Weise" googelt, sondern dass man die Ringparabel auch lesen und darüber diskutieren muss. Ich bitte Sie, bei der Diskussion über die Gymnasialzeit auch diesen Gesichtspunkt zu berücksichtigen. Die Auseinandersetzung mit einem solchen Thema in der Schule braucht nämlich Zeit. Gerade die Menschen, die später eventuell Führungspersonen sind, müssen auch in diesem Bereich ausgebildet werden; das kommt zu kurz.

Die an die Bundesebene gerichteten Forderungen gehen uns teilweise zu weit, teilweise sind sie schon erfüllt. Mich wundert, warum sich eine Ihrer Forderungen auf das Strafgesetzbuch bezieht, obwohl es § 129 StGB schon gibt. Wir gehen davon aus, dass Sie in allen Ihren Spiegelstrichen unter Ziffer 2 die Forderung des Verfassungsgerichts nach Verfassungsmäßigkeit berücksichtigen. Wir gehen mit, weil wir meinen, dass Sie diese Forderung erfüllen werden. Andernfalls würde Ihr Koalitionspartner in Berlin gar nicht mitmachen.

Gestern wurde eine Umfrage zu dem Thema veröffentlicht, wem das Vertrauen unserer Bürgerinnen und Bürger gehört. Mit 84 % genießt die Berufsgruppe der Polizei das höchste Vertrauen. Die Bevölkerung sieht im wahrsten Sinne des Wortes in dieser Berufsgruppe immer noch die Ordnungshüter im klassischen Sinne des Wortes. Wenn es darin schwarze Schafe gibt, müssen wir darauf kontrollierend achten. Die Bevölkerung

weiß und spürt, dass diese Personen dafür ausgebildet werden und dazu bereit sind, ihre Gesundheit und eventuell ihr Leben für uns aufs Spiel zu setzen. An dieser Stelle ist ein großes Danke angesagt; das darf man in dieser Diskussion nicht vergessen.

(Beifall bei der FREIEN WÄHLERN)

Die Politik hat die Aufgabe, diese Berufsgruppe, die nicht ohne Grund so viel Vertrauen genießt, mit Material und Personal angemessen auszustatten. Des Weiteren brauchen wir Gesetze – dabei sehe ich zu Ihnen auf dieser Seite –, die der Verfassung entsprechen und unsere Grundrechte wahren und die eine solche Ausstattung dieser Berufsgruppe bewirken, dass sie ihre Aufgaben auch im Hinblick auf den Terrorismus wahrnehmen kann.

Wir müssen außerdem die Justiz so ausstatten, dass sie die rechtsstaatliche Kontrolle ausüben kann. Und wir müssen unsere Gesellschaft, besonders unsere Kinder und Jugendlichen, so erziehen, dass Anträge wie die heute eingebrachten überflüssig werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Margarete Bause von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Margarete Bause (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Anschläge von Paris haben uns alle zutiefst erschüttert, und es ist gut, dass wir uns im Bayerischen Landtag heute damit auseinandersetzen. Uns alle eint das Mitgefühl mit den Opfern, mit den Mitarbeitern von "Charlie Hebdo", mit den Kunden und Mitarbeitern des jüdischen Supermarkts und auch mit den ermordeten Polizisten. Uns eint die Verurteilung dieses mörderischen Terrorattentats und jeglicher Form von Terror, brutaler Gewalt und Menschenverachtung. Die weltweite Solidarisierung unter dem Motto "Je suis Charlie" nach diesen Anschlägen bedeutet

aber auch ein wichtiges, ermutigendes Signal; denn die Anschläge von Paris – das wurde immer wieder gesagt – waren natürlich auch ein Angriff auf unsere freiheitliche Gesellschaft, auf unsere Grundwerte, auf die Freiheit der Presse, der Meinung und der Religionsausübung, auf die Toleranz und insgesamt auf eine offene Gesellschaft.

Deshalb sollte unsere Reaktion auf diese Angriffe auf die Freiheitswerte in einem Bekenntnis zu genau diesen Werten bestehen, in einem Bekenntnis zum Dialog, zur Demokratie, zur Solidarität, zur Vielfalt und zum Schutz der Bürgerrechte und eben nicht zur Aushöhlung der Bürgerrechte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Angriffe auf die Freiheit dürfen wir nicht mit der Einschränkung unserer Freiheit beantworten, wie das leider zum Teil, insbesondere im Antrag der CSU, der Fall ist. Denjenigen, die unnötige oder verfassungswidrige Gesetzesänderungen bzw. Gesetzesverschärfungen fordern, halten wir das entgegen, wogegen sich die Anschläge gerichtet haben, nämlich Freiheit und Bürgerrechte. Deswegen sind wir der Meinung, dass reflexhafte Forderungen nach Strafverschärfungen und nach einer Generalüberwachung - -

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Die Forderungen sind nicht reflexhaft!)

- Reflexhafte Forderungen, Herr Herrmann! Wie lange schon reden Sie von genau solchen Strafverschärfungen! Immer wieder versuchen Sie, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Sie lassen sich auch von einem klaren Urteil des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs nicht davon abhalten, immer wieder das Gleiche auf die Tagesordnung zu setzen.

(Widerspruch bei der CSU)

Sie schreiben, Sie wollen die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung. Das heißt, dass gerade das, was das Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt hat, wieder eingeführt werden soll. Da merkt man, dass Ihnen das offenbar völlig egal ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde, Sie müssen sich schon fragen lassen, ob Sie die terroristischen Attentate instrumentalisieren wollen, um Ihre

(Widerspruch bei der CSU)

sicherheitspolitischen Ladenhüter wieder ins Schaufenster zu hängen.

(Zurufe von der CSU: Unverschämtheit! Frechheit! Bodenlos!)

Sie sollten sich die Urteile einmal genau durchlesen,

(Widerspruch bei der CSU – Jürgen W. Heike (CSU): Wir tun das!)

Sie sollten sich lieber überlegen, wie Sie die Polizei vor Ort tatsächlich unterstützen, als hier diese sinnlosen und verfassungswidrigen Gesetzesverschärfungen wiederholt vorschlagen.

Sie wissen auch – das wurde immer wieder erwähnt –, dass in Frankreich, wo es die Vorratsdatenspeicherung gibt, diese Attentate leider nicht verhindert werden konnten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Man kannte die Terroristen vorher, man wusste von ihrer Gefährlichkeit, und trotzdem konnten die Attentate nicht verhindert werden. Das sollte Ihnen zum Nachdenken reichen, dass wir wirklich ganz andere Maßnahmen ergreifen müssen.

Wenn Sie, Herr Herrmann, diesen sehr abenteuerlichen Vergleich mit dem Arzt bringen, muss ich sagen: Wenn ein Arzt den Verdacht hat, dass ein Patient zum Beispiel eine Krebserkrankung hat, dann ordnet er nicht ein Massenscreening der gesamten Bevölkerung an, sondern dann untersucht er diesen einzelnen Patienten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Dr. Florian Herrmann (CSU): Aber nur, wenn er das Gerät hat!)

Deswegen ist Ihr Vergleich völlig hanebüchen.

Auch Ihre weiteren Forderungen nach Strafverschärfungen sind aus unserer Sicht verfassungsrechtlich höchst bedenklich, zum Beispiel der Einsatz von Schadsoftware. Dieser sogenannte Bayern-Trojaner ist schon entsprechend qualifiziert worden. Die Datenschutzbeauftragten haben sich sehr deutlich dagegen ausgesprochen. Auch die umfassende und anlasslose Speicherung von Fluggastdaten schreiben Sie wiederholt in Ihr Papier.

Ich halte Ihre Forderung, Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft die deutsche Staatsbürgerschaft zu entziehen, für untragbar. Der Entzug der Staatsbürgerschaft ist nach dem Grundgesetz verboten. Das ist im Übrigen auch eine Lehre aus der NS-Zeit. Wir haben hier vor zwei Tagen eine sehr würdige Gedenkveranstaltung gehabt. Wir sollten nicht nur solche Gedenktage abhalten, sondern Lehren aus der Vergangenheit sehr ernst nehmen. Ihr Vorschlag zeugt nicht nur von Geschichtsvergessenheit, sondern er zeigt auch, dass Sie keine Verantwortung für die Menschen übernehmen wollen, die in unserer Gesellschaft aufwachsen und sich radikalisieren, die für Verführer anfällig werden. Wir haben die Verantwortung für diese Menschen. Deswegen können wir sie nicht abschieben in irgendein anderes Land, sondern wir müssen uns hier Maßnahmen überlegen, wie wir mit diesen Menschen so umgehen, dass von ihnen keine Gefahr für die Bevölkerung ausgeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Bause, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Reichhart zu?

Margarete Bause (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Sie haben wieder das Wort.

Margarete Bause (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Auch Ihre Forderung nach einem speziellen Ersatzpersonalausweis halten wir nicht für sinnvoll. Sehr viel sinnvoller sind aus unserer Sicht verstärkte Ausreisekontrollen und Ausreiseuntersagungen. All das kann man schon machen. Man kann Meldeauflagen machen. Man muss sie kontrollieren und durchsetzen. Dazu brauchen Sie keinen Terroristenpersonalausweis. Sie müssen ganz konkret die Behörden vor Ort unterstützen, damit sie ihre Arbeit machen können. Diese Möglichkeiten gibt es schon. Sie müssen die Behörden vor Ort und die Polizei unterstützen. Um das umzusetzen, brauchen Sie keinen Terroristenpersonalausweis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir nehmen die Gefahr terroristischer Anschläge sehr ernst. Wir sind der Überzeugung, dass weitere Verschärfungen des Strafrechts nicht hilfreich sind. Wir haben doch in Deutschland nach dem 11. September 2001 einen umfassenden, zum Teil überbordenden Katalog von Strafrechtsverschärfungen umgesetzt. Zum Teil ist er nicht einmal evaluiert. Wir haben noch nicht einmal ausgewertet,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

ob das tatsächlich alles so sinnvoll und hilfreich war, was damals ins Werk gesetzt wurde. Noch bevor das gemacht wurde, rufen Sie schon nach weiteren Strafrechtsverschärfungen.

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir die Polizei, die Sicherheitsbehörden unterstützen, wo sie wirklich Unterstützung brauchen. Sie brauchen nämlich IT-Spezialistinnen und -Spezialisten, die sie vor Ort zum Teil nicht haben; sie brauchen Expertinnen und Experten für den Bereich des gewaltbereiten Islamismus. In diesem Bereich brauchen sie Unterstützung. Sie brauchen aber keine verfassungsgefährdenden Strafrechtsverschärfungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ganz zentral – und da ist in Bayern bisher leider Fehlanzeige – ist der Bereich der Prävention. Wir brauchen in der Tat – das kann man auch nicht so lustig machen, wie Sie das gemacht haben, Herr Herrmann – mehr Prävention. In Bayern haben Sie bisher versagt; Sie haben nichts zuwege gebracht. Uns muss doch umtreiben, warum junge Männer in Deutschland, in unserer Gesellschaft anfällig sind, warum sie sich radikalisisieren, warum sie durch das Internet oder wie auch immer zu radikalen Islamisten werden, warum sie ausreisen wollen; da müssen wir doch nachfragen. Wo haben wir versagt? Wo haben wir Alarmmelder, wenn so etwas in der Schule sichtbar wird? Wohin können sich Lehrer und Eltern wenden, wenn sie merken, dass ein junger Mensch in diese Richtung abdriftet? – In Bayern haben wir da kein Hilfsangebot. In anderen Bundesländern gibt es das.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Das stimmt doch gar nicht!)

Wir brauchen deshalb sehr viel mehr Kreativität, sehr viel mehr Hirnschmalz, sehr viel mehr Energie und Geld für eine wirklich sinnvolle Präventionsarbeit, umfassende Präventionsprojekte und

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Deradikalisierungsprojekte. Außer ein paar dünnen Zeilen in Ihrem Antrag ist dazu von Ihnen nichts zu hören.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Oliver Jörg (CSU))

Wir müssen mit einer klaren Haltung gegen jede Form von Antisemitismus, von Islamfeindlichkeit, von Rassismus deutlich machen, dass menschenverachtende Parolen und Hassreden auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen.

Wir können die Anträge der SPD und der FREIEN WÄHLER nicht unterstützen, weil wir auch darin verfassungsrechtlich bedenkliche Gesetzesverschärfungen sehen. Wir GRÜNE stehen für einen Dreiklang aus Demokratiestärkung, Gewaltvorbeugung und Schutz von Bürgerrechten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Bause, bleiben Sie bitte am Rednerpult; Kollege Reichhart hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Hans Reichhart (CSU): Frau Kollegin Bause, Sie haben hier interessante Ausführungen zum Staatsbürgerschaftsrecht gemacht. Nachdem Sie sich nach Ihren Ausführungen im Staatsbürgerschaftsrecht sicherlich sehr gut auskennen, wollte ich Sie nur eines fragen: Wir haben derzeit im Staatsbürgerschaftsrecht die Regelung, dass die doppelte Staatsangehörigkeit aberkannt werden kann, wenn ein Kämpfer eines fremden Landes gegen Deutschland und unsere Werte kämpft. Insoweit würde mich interessieren, wie Sie rechtfertigen, dass wir einem Kämpfer, der für einen fremden Staat kämpft, die Staatsangehörigkeit entziehen können, dass Sie aber gleichzeitig einem Terroristen, der mit menschenverachtenden Mitteln gegen Frauen, Kinder und Angehörige anderer Religionen kämpft, die Staatsangehörigkeit nicht entziehen sollen. Mich würde interessieren, wie Sie diese Unterscheidung, diese Privilegierung eines Terroristen, rechtfertigen wollen und warum Sie sich einer Regelung verschließen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Bause, Sie haben das Wort.

Margarete Bause (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich will Ihnen eine Gegenfrage stellen:

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU)

Haben wir, wenn wir die Staatsangehörigkeit entziehen, irgendetwas getan, um diesen Menschen daran zu hindern, gewalttätig zu werden? Haben wir dann irgendetwas getan, um Gewalt zu verhindern und seine Beteiligung an Terrorattentaten zu verhindern? – Das haben wir nicht. Darum muss es gehen.

(Widerspruch bei der CSU – Dr. Hans Reichhart (CSU): Das ist keine Antwort! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir brauchen keine symbolischen Handlungen; wir brauchen wirklich sinnvolle Handlungen, um zu verhindern, dass dieser Mensch gewalttätig wird, dass er sich an Terror beteiligt. Sie haben mit Ihrer Einlassung wiederum unter Beweis gestellt, dass es Ihnen offenbar nicht darum geht, sondern um symbolische Handlungen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Letzter hat nun Staatsminister Joachim Herrmann das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der brutale Anschlag in Paris auf das Satiremagazin "Charlie Hebdo" sowie die Folgetaten mit der Ermordung von insgesamt 17 Menschen haben uns sicherlich alle tief erschüttert. Wenige Tage später hat nach Medienberichten die al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel in einer Videoveröffentlichung die Verantwortung für die Operation der Kouachi-Brüder in Paris explizit übernommen. Die Meldungen in den folgenden Tagen aus Belgien oder auch aus dem syrischen Bürgerkrieg zeigen, dass ein Großteil unserer Welt aktuell durch islamistischen Terror bedroht ist.

Die bayerischen Sicherheitsbehörden bewerten in Abstimmung mit den Bundessicherheitsbehörden und den Sicherheitsbehörden anderer Länder alle eingehenden Hinweise zur einer möglichen Gefährdung mit größtmöglicher Sorgfalt und gehen jedem ernst zu nehmenden Anhaltspunkt mit Hochdruck nach. In der Tat besteht in unserem Land ein Grund zur Sorge und zur Vorsorge. Ein Grund zur Panik besteht nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das bayerische Kabinett hat unmittelbar auf die Anschläge reagiert und sich in seiner Sitzung am 13. Januar mit den Geschehnissen be-

fasst. Wir haben beschlossen, den Kampf gegen den internationalen Terrorismus mit einem Fünf-Punkte-Programm weiter zu verstärken. Dieses Fünf-Punkte-Programm deckt im Wesentlichen die Forderungen des zugrunde liegenden Antrags ab. Ich kann mich allen Punkten, die Herr Kollege Dr. Florian Herrmann vorgetragen hat, voll anschließen und brauche diese nicht zu wiederholen.

Ich will ausdrücklich sagen, dass ich sehr dankbar bin, dass der Ministerrat auf meinen Vorschlag hin beschlossen hat, 100 zusätzliche Stellen zur Verfügung zu stellen. Dies ist für einen Teil unserer Sicherheitsarbeit besonders wichtig. Wir können mit zusätzlichem Personal insbesondere die Observation gewaltbereiter Islamisten verstärken. Wir können die Aufdeckung terroristischer Netzwerke mitsamt ihrer Kommunikationswege und Geldflüssen verbessern. Die bayerische Polizei erhält 80 und das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz 20 dieser Stellen.

In den letzten Tagen hat sich gezeigt, dass wir damit ein Signal innerhalb der Bundesrepublik Deutschland gesetzt haben. Wenige Tage später hat die Landesregierung von Baden-Württemberg beschlossen, ebenfalls 100 zusätzliche Stellen zu bewilligen. Nordrhein-Westfalen hat inzwischen ähnliche Signale ausgesandt. Damit haben wir deutlich gemacht, dass wir unsere Sicherheitsbehörden in einer solchen Situation stärken müssen.

An dieser Stelle möchte ich unumwunden einmal mehr klar sagen: Es gibt kein Patentrezept, das jeden Terroranschlag in unserem Land ausschließen könnte. Das gibt es nicht, weder in Deutschland noch in Europa. Dessen müssen wir uns bewusst sein. Wir können jedoch daran arbeiten, das Risiko von Terroranschlägen zu reduzieren. Wie können wir noch besser vorbeugen? Wie können wir uns in der Prävention verbessern? Wie können wir in der Polizeiarbeit besser werden? Wie können wir die Risiken weiter senken? - Daran zu arbeiten, ist richtig und wichtig.

In unserem Ministerratsbeschluss haben wir festgehalten, dass der Auftrag des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom September letzten Jahres vollumfänglich

umgesetzt werden muss. Ich bedauere, dass in der heutigen Diskussion nur der Punkt über die Verhinderung der Ausreise in das Bürgerkriegsgebiet, über den wir uns bereits im vergangenen Jahr unterhalten haben, intensiv beraten wird. Diesen Punkt halte ich für vollumfänglich richtig. Andere Themen des Sicherheitsratsbeschlusses werden jedoch bislang nicht thematisiert. Dazu zählt die Bestrafung von Terroristen, die aus einem Land ausreisen, um Anschläge zu planen, zu begehen, andere Terroristen auszubilden oder sich selber ausbilden zu lassen. Alleine diese Absicht soll unter Strafe gestellt werden. Bis zu dem schlimmen Anschlag in Paris hat der Bundesjustizminister – Entschuldigung – keinen Finger krumm gemacht, um diesen Teil der UN-Resolution umzusetzen.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Ritter, Sie haben hierzu einige wichtige Dinge angesprochen. Ich hoffe, dass bald Vorschläge vom Bundesjustizminister vorgelegt werden.

Ich bin sehr dankbar, dass Kollege Dr. Florian Herrmann das so deutlich angesprochen hat. Das möchte ich meinerseits noch einmal unterstreichen: Wir brauchen eine Mindestspeicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten. Das ist offenkundig. Das vertreten wir seit Langem. Die Bundeskanzlerin hat in den letzten Wochen nachdrücklich deutlich gemacht, dass sie voll dahintersteht. Ich bedauere sehr, dass der Bundesjustizminister dies immer noch ablehnt. Liebe Kollegen der SPD, in Ihrem Antrag wird eine Mindestspeicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten ebenfalls explizit abgelehnt. In Ihrem Antrag lese ich: "Der nur geringe Zugewinn an Ermittlungsmöglichkeiten rechtfertigt es nicht, die Telekommunikationsverbindungsdaten aller Bürgerinnen und Bürger ohne Anlass zu erfassen und zu speichern, zumal hierdurch auch intensiv in die Grundrechte von Berufsgeheimnisträgern und in die Pressefreiheit eingegriffen würde." Leider geht diese Forderung an den aktuellen Herausforderungen völlig vorbei. Selbstverständlich können wir für Berufsgeheimnisträger, Pressevertreter und dergleichen jede Menge Ausnahmen zulassen. Darum geht es mir jedoch nicht. Mir geht es darum, die Speicherung von Telekommunikationsdaten im Kern zuzulas-

sen, um entsprechenden Hinweisen und Verdachtsmomenten weiter nachgehen zu können, um überhaupt erst eine Spur von Terroristen zu erhalten. Nach dem Anschlag hatten die französischen Behörden wenigstens die Möglichkeit, festzustellen, mit wem die Terroristen in den Wochen vor dem Anschlag in Kontakt standen – national und international. Mit wem haben sie Kontakt gehalten? Wer ist deshalb möglicherweise verdächtig, einem Netzwerk anzugehören?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am 15. Januar – darüber habe ich mich sehr gefreut – konnte ich in der "Süddeutschen Zeitung" lesen, dass SPD-Chef Sigmar Gabriel sich unter bestimmten Bedingungen offen für die Einführung der Vorratsdatenspeicherung gezeigt hat. Sigmar Gabriel wird dort wörtlich zitiert: "Die SPD hat durch die Beschlüsse ihres Bundesparteitags und ihrer Bundestagsfraktion klar beschrieben, unter welchen engen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen die Vorratsdatenspeicherung ein geeignetes und verhältnismäßiges Instrument zur Strafverfolgung sein kann." Das hat der Herr Vizekanzler wörtlich so gesagt. Ich bedauere sehr, dass die SPD-Landtagsfraktion sich heute voll gegen ihren eigenen SPD-Parteivorsitzenden stellt.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Frau Kollegin Bause, im Hinblick auf Ihre Ausführungen möchte ich abschließend Folgendes sagen: Sie haben angesprochen, dass wir für Menschen, die in unserem Land leben, Verantwortung tragen. Wir müssen uns darum kümmern, dass sie nicht auf solche Irrwege kommen. In der Zielbeschreibung sind wir uns völlig einig. Leider bleiben Ihre konkreten Vorschläge weit hinter den Notwendigkeiten zurück. Die Diskussionen, die in den Medien geführt werden, zeigen, dass wir bestimmte Dinge offensichtlich noch immer nicht endgültig hinter uns gelassen haben. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Der Multikulti-Wahn, der über Jahre hinweg von den GRÜNEN vertreten wurde, war ein Anti-Integrationsprogramm in unserem Land. Das war das Schlechteste, was man überhaupt vertreten konnte.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Wir brauchen eine Gesellschaft, in der nicht nebeneinanderher gelebt wird. Integration heißt, dass Menschen in unsere Gesellschaft und Rechtsordnung integriert werden und nicht nach irgendwelchen anderen Grundsätzen nebeneinanderher leben. Am Schluss sind die Konflikte vorprogrammiert.

(Beifall bei der CSU)

Aufgrund der aktuellen Lage der inneren Sicherheit gibt es in Paris, Lyon und vielen anderen Städten Ortsteile, über die die französische Polizei sagt, dass sie sich dort nachts nicht mehr hineintraue. Das will ich für Frankreich nicht näher kommentieren. Ich stelle nur fest: In Bayern gibt es so etwas nicht, und so etwas wird es auch in Zukunft nicht geben.

(Beifall bei der CSU)

Die Prävention hat auch etwas damit zu tun, welches rechtsstaatliche Verständnis wir insgesamt in unserem Land haben. Ich begrüße den Antrag der CSU-Fraktion nachdrücklich und bitte Sie um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, bitte verbleiben Sie am Rednerpult. Frau Kollegin Bause hat sich zuerst zu einer Zwischenfrage gemeldet. Nachdem Sie Ihren Redebeitrag beendet haben, deute ich das in eine Zwischenbemerkung um. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Margarete Bause (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Herrmann, gerade haben Sie von Multikulti-Wahn gesprochen. Das haben Sie offenbar in einer abwertenden Form gemeint.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Ich frage Sie: Brauchen wir angesichts der zunehmend wahrnehmbaren Spaltung der Gesellschaft, die sich in den Pegida-Demonstrationen widerspiegelt, nicht ein Mehr an

kulturellem und interkulturellem Austausch? Sind Sie nicht ebenfalls der Meinung, dass wir ein Mehr an Dialog zwischen den Kulturen und den Religionen brauchen? - Wir können nur dann eine offene und freiheitliche Gesellschaft erhalten, wenn wir uns mehr engagieren, anstatt diese Aufgabe mit derartigen Sprüchen, die völlig daneben sind und keinerlei Perspektive aufzeigen, abzuwerten.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Liebe Frau Kollegin Bause, ich bin in der Tat der Meinung, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland eine der freiheitlichsten Republiken verwirklicht haben, die es weltweit gibt, und dass wir alles dafür tun müssen, diese freiheitliche Gesellschaft mit Nachdruck zu verteidigen. Es ist richtig, dass unser gesellschaftliches Zusammenleben von Toleranz geprägt sein muss. Das ist aber etwas ganz anderes als dieser Multikulti-Wahn.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage nach wie vor ausdrücklich: Wir können auf Dauer nur vernünftig leben – das ist im Hinblick auf die aktuellen Diskussionen und die Montagsdemonstrationen ganz wichtig -, wenn wir deutlich machen, dass wir in unserem Land großartige Freiheiten haben, dass es aber in unserer Rechtsordnung auch einen Kernbestand an Verbindlichkeiten gibt. Dies bedeutet, dass nicht jemand in unser Land kommen und behaupten kann, für ihn würden Teile unserer Rechtsordnung nicht gelten, weil er einen anderen Background und andere religiöse Überzeugungen habe. Bei uns gilt das Grundgesetz und nicht die Scharia. Das muss unmissverständlich deutlich sein. Und dazu stehen wir.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb stehen wir für die Verteidigung von Freiheit, von Meinungsfreiheit und Pressefreiheit. Diese Freiheiten werden von islamistischen Personen angegriffen. Sie wer-

den aber auch von Neonazis in unserem Land angegriffen. Wir brauchen eine wehrhafte Demokratie, die sich dagegenstellt. Dazu stehen wir in der Tat. Wir werden das aber nicht erreichen, wenn wir solche Vorstellungen verbreiten, wonach jeder nach seinem Gutdünken oder nach irgendwelchen Regeln hier leben dürfte. Der Multikulti-Wahn hat in der Tat manche Irrungen und Wirrungen in unserer Gesellschaft gezeitigt. Wir müssen wieder zu mehr Verbindlichkeit zurückkommen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

(Unruhe)

Wenn Sie sich abgeregt haben, können wir die Abstimmung durchführen.

Ich lasse zunächst über die Dringlichkeitsanträge, für die keine namentliche Abstimmung beantragt worden ist - das sind die Dringlichkeitsanträge der SPD auf der Drucksache 17/5014 und der GRÜNEN auf der Drucksache 17/5016 - abstimmen.

Ich beginne mit dem Dringlichkeitsantrag der SPD. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zu dem Gesamtkomplex, den wir gerade eben besprochen haben, die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER. Gegenprobe. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag - -

(Zuruf von der SPD: Enthaltung!)

Danke schön, Herr Kollege. – Eine Enthaltung. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Zuruf von der SPD: Zwei Enthaltungen!)

– Entschuldigung. Ich habe das da hinten nicht gesehen. Das ist schon etwas im Dunkeln. Danke für den Hinweis. Wenn Sie hier heroben sitzen und nach hinten sehen,

kommen Sie zu demselben Ergebnis wie ich. Ich stelle fest: Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag der SPD abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Dringlichkeitsantrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/5016: Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen?

(Zurufe von der SPD)

Ich lasse noch einmal abstimmen: Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Wer dagegen ist, den bitte ich auch um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU und der Abgeordnete Dr. Peter Paul Gantzer. Enthaltungen? – Herr Kollege Professor Dr. Bauer im Dunkeln. Damit ist dieser Antrag bei einer Stimmenthaltung und der Gegenstimmen, die ich genannt habe, abgelehnt.

Jetzt kommen wir zu den namentlichen Abstimmungen. Als Erstes betrifft dies den Antrag der CSU auf der Drucksache 17/5002. Für die Abstimmung sind drei Minuten vorgesehen. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 15.07 bis 15.10 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Ich schließe die namentliche Abstimmung.

Wir kommen gleich zur nächsten namentlichen Abstimmung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bitte um Aufmerksamkeit, damit keine Fehler passieren. Es geht jetzt um den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/5015 der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Auch dafür haben Sie wieder drei Minuten Zeit.

Nur zur Information: Wir haben anschließend noch eine namentliche Abstimmung zum vorhergehenden Tagesordnungspunkt.

(Namentliche Abstimmung von 15.11 bis 15.14 Uhr)

Die Zeit ist um. Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, das Ergebnis der beiden namentlichen Abstimmungen außerhalb des Saales zu ermitteln. Ich werde die Ergebnisse zu gegebener Zeit verkünden.

Wir kommen zum vorhergehenden Tagesordnungspunkt, zu dem ebenfalls eine namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Es geht um das Fracking. Ich bitte wieder um Aufmerksamkeit. Wir haben zunächst eine ganz normale, also keine namentliche Abstimmung. Ich kann aber erst abstimmen lassen, wenn alle ihre Plätze eingenommen haben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Was ist an der Regierungsbank los, Mensch? – Thomas Kreuzer (CSU): Da ist wenigstens etwas los!)

Wir sind zum vorhergehenden Tagesordnungspunkt – Dringlichkeitsanträge zum Fracking – zurückgekehrt, weil jetzt die Frist für den Antrag auf namentliche Abstimmung erfüllt ist. Ich lasse aber zunächst über den Antrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/5013 betreffend "Kein unkonventionelles Fracking bei der Gewinnung von Öl und Gas in Bayern" abstimmen, zu dem keine namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. Gegenstimmen? – Die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag mit Mehrheit angenommen.

Jetzt kommen wir zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/5001, zu dem namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Ich eröffne also die namentliche Abstimmung. Dafür sind drei Minuten vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 15.16 bis 15.19 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die namentliche Abstimmung und bitte, das Ergebnis außerhalb des Saales festzustellen. Ich werde es zu gegebener Zeit hier bekannt geben.

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, darf ich Ihnen die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen, die wir bis jetzt durchgeführt haben und deren Ergebnis noch nicht bekannt gegeben worden ist, mitteilen. Ich gebe als Erstes die Ergebnisse der beiden namentlichen Abstimmungen zu dem Thema "Terrorismusbekämpfung" bekannt.

Zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann und anderer und Fraktion – das ist die CSU-Fraktion – betreffend "Verteidigung von Sicherheit und Freiheit - Maßnahmen gegen islamistischen Terror effizient verstärken", Drucksache 17/5002: Mit Ja haben gestimmt 98, mit Nein haben gestimmt 52, und 2 haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Jetzt kommt der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Terrorismus wirksam bekämpfen - Defizite bei der Inneren Sicherheit beseitigen", Drucksache 17/5015. Mit Ja haben gestimmt 10, mit Nein haben gestimmt 133, und 5 haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich komme zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Stärkung der kommunalen Demokratie IV – Repräsentation in den Zweckverbänden", Drucksache 17/2221. Mit Ja haben gestimmt 62, und mit

Nein haben gestimmt 77. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Nun komme ich zum Ergebnis der letzten namentlichen Abstimmung, das bereits ausgezählt ist, zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Fracking im Bergrecht verbieten", Drucksache 17/5001. Mit Ja haben gestimmt 61, mit Nein haben 88 gestimmt. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.01.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u. a. und Fraktion CSU; Verteidigung von Sicherheit und Freiheit - Maßnahmen gegen islamistischen Terror effizient verstärken (Drucksache 17/5002)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex			
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander	X		
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			X
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike			
Gottstein Eva	X		
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine	X		
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael	X		
Holettschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander			X
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winter Georg	X		
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	98	52	2

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.01.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Terrorismus wirksam bekämpfen - Defizite bei der Inneren Sicherheit beseitigen (Drucksache 17/5015)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex			
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			X
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva	X		
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia		X	
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander			X
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans		X	
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	10	133	5